

Niedrige Hypothekenzinsen und die Erwartung steigender Immobilienpreise haben auch "Subprime"-Kreditnehmer (mit schlechter Bonität) zu Hauseigentümern gemacht. Diese Kredite wurden zu "Derivaten" gebündelt und mit kurzfristigen Rückkaufvereinbarungen ("Repos" = Sale and Repurchase Agreement) weiterverkauft. So kam erst einmal Geld in die Kasse. Bear Sterns und Lehman Brother (USA) brachen 2008 zusammen, als sie Rückkaufverpflichtungen nicht erfüllen konnten. Das aber waren nur Testläufe.

rüher wurden Kredite gegen Sicherheiten vergeben. Jeder Hauseigentümer weiß das. Derivate in Verbindung mit Repo-Geschäften schöpfen Geld ohne Sicherheiten. Die eine Bank nimmt, die andere gibt - und das im Kreislauf ad infinitum. Das Geld kommt nicht in die Realwirtschaft, die dem Finanzsektor gleichgültig ist. Deshalb löst es keine Inflation aus. Der Kreislauf hat sich zum Killer-Spiel entwickelt: Live and let die (Lebe und lasse sterben). Als Bear Sterns zusammenbrach war JP Morgan Chase der Sieger. Von Lehman Brothers Untergang haben die britische Barclays und Goldman Sachs profitiert.

Der Test hat funktioniert. Goldman Sachs hat mit Hank Paulson als US-Finanzminister mehrere Gesetze durchbringen lassen, die Derivate in safe havens (sicheren Häfen) verwandelt haben. Das bedeutet: Eine Bank, die Wertpapiere über Derivate besitzt, kann diese beim Konkurs der Schuldnerbank behalten. Durch zwei

EU-Direktiven haben Derivate-Besitzer auch in Europa bevorzugten Gläubigerstatus. Während es im regulären Insolvenzrecht eine Bevorzugung von Gläubigern nicht gibt, ist sie bei Derivaten jetzt die Norm.

Nun konnte der nächste Testballon steigen: Mit MF Global war in 2010 eine US-Bank das Opfer, die Einlagen von 38.000 Kunden verwaltete und Farmern mit Warentermingeschäften die Einnahmen nach der Ernte absicherte. Insgesamt 1,2 Milliarden Dollar sind verschwunden; tausende Farmer haben ihr gesamtes Vermögen verloren. Branchenkenner vermuten, dass die 1,2 Milliarden über Derivate bei JP Morgan gelandet sind. Niemand ist verhaftet worden; es ist alles nach Recht und Gesetz abgewickelt worden.

Die EU-Banken-Regulierung soll uns beruhigen. Die belgisch-französische Dexia, die Darlehen an Kommunen vergeben hat, ist im "Stress-Test" der Europäischen Bankenaufsicht mit der Bestnote bewertet worden und kurz darauf in Schwierigkeiten geraten. Belgien, Frankreich und Luxemburg mussten in 2011 Staatsgarantien in Höhe von 90 Milliarden Euro geben. Gewinner waren diesmal Banken in Canada, Hongkong und das Emirat Katar. Ihnen allen geht es darum, systemrelevant zu werden: so groß, dass sie bei einem Scheitern gerettet werden müssen ("too big to fail") - Vollkasko für Raubüberfälle auf Kosten der Steuerzahler.

Hedge-Fonds betreiben das Derivategeschäft unter der Tischkante der re-

gulierten Banken in einer atemberaubenden Größenordnung weiter. Die offiziellen Bankbilanzen sehen sauber aus; die Risiken werden verschleiert. Die mächtigste Bank der Welt, die Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat dem ihren Segen erteilt. Ist es ein Plan, verwundbare Banken oder schwache Nationen auszurauben? Was jetzt noch fehlt ist ein Crash-Ereignis, das die großen Spieler brauchen, um Wettbewerber abzuschießen. Niemand wird bei der Enteignung ein Gesetz verletzen oder bestraft werden. Es ist alles gut vorbereitet. Es wird viele Verlierer geben und wenige strahlende Sieger. Dann ist "too big to fail" passé; für Regierungen gilt dann "too week to act" (zu schwach zum Handeln): sie sind den großen Spielern untertan.

**Zum Autor** Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. Wolfgang Berger, M.A. (Econ)





Ökonom und Philosoph, hat in Deutschland, Ghana, Frankreich, Indien, Italien, Argentinien, den USA und dem Iran studiert, geforscht, gelehrt und als Industriemanager gearbeitet, am längsten für die Schering AG. Er hat mehrere Bücher und

zahlreiche Fachartikel veröffentlicht und 1997 in den USA das Business Reframing Institut gegründet, mit dem er "Flow" in Unternehmen verankert (www.business-reframing.de). Er ist Mitinitiator einer gemeinnützigen Initiative zur Neuordnung unserer Finanzordnung (www.lust-auf-neues-geld.de).

13